

Ja zu Freiheit und Wohlstand Nie wieder Sozialismus

Musterrede zu den Wahlen in der DDR am 18. März 1990

Liebe Landsleute,

es ist für mich ein bewegendes Erlebnis, vor Ihnen sprechen zu können — ein Augenblick, der mich mit Freude und Stolz erfüllt. Das wäre vor wenigen Monaten noch undenkbar gewesen. Wir spüren hier unmittelbar: Wir sind ein Volk! Wir gehören zusammen. Wir lassen uns nicht mehr trennen!

Ich bin hier, um Ihnen die herzlichen Grüße der Christlich Demokratischen Union Deutschlands zu überbringen — und der Landsleute in der Bundesrepublik.

Sie, die Deutschen in der DDR, haben allen Grund, mit Selbstbewußtsein in die Zukunft zu blicken. Sie haben sich in einer friedlichen Revolution die Freiheit erkämpft. Und damit haben Sie in großartiger Weise ein Kapitel deutscher Geschichte geschrieben, auf das wir alle stolz sein können.

Sie können sich darauf verlassen: Wir in der Bundesrepublik Deutschland wissen in dieser geschichtlichen Stunde um unsere Pflicht. Es gilt jetzt, in nationaler Solidarität zusammenzustehen und in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden.

Unser gemeinsames Ziel ist ein vereintes Vaterland, in dem Freiheit und Rechtsstaatlichkeit herrschen, in dem es Wohlstand und soziale Gerechtigkeit für alle gibt.

Das ist eine große nationale Aufgabe, die alle Anstrengungen lohnt.

Ich kann auch gut verstehen, daß es heute angesichts der schwierigen Lage in der DDR Unsicherheit und Zweifel gibt. Aber gerade jetzt gilt es, nach vorne zu blicken und tatkräftig anzupacken — gemeinsam in der Solidarität aller Deutschen.

Dabei können Sie sich auf Bundeskanzler Helmut Kohl und die CDU Deutschlands verlassen.

Am 18. März können Sie jetzt zum ersten Mal frei über Ihr Schicksal entscheiden. Das ist vor allem Ihr Verdienst. Dabei vergessen wir nicht: Auch andere haben dazu beigetragen, denen wir Dank schulden:

- unsere Freunde und Partner im Westen, mit denen wir auch in Zukunft eng verbunden bleiben wollen;
- die Menschen in Polen und Ungarn, die mit ihrem mutigen Aufbruch zu Reformen ein Beispiel gegeben haben;

- und nicht zuletzt Generalsekretär Gorbatschow, der mit seiner Politik der Perestrojka auch der sowjetischen Außenpolitik eine neue Richtung gewiesen hat.

Bundeskanzler Helmut Kohl hat in Moskau in seinem Gespräch mit Michail Gorbatschow einen historischen Durchbruch geschafft: Auch die Sowjetunion hat jetzt den Weg zur deutschen Einheit freigemacht. Jetzt kann Wirklichkeit werden, was Sie hier — ebenso wie die Menschen in Dresden, Leipzig, Halle und in vielen anderen Städten — immer wieder gefordert haben: „Deutschland, einig Vaterland!“

Das Bekenntnis unserer Nachbarn zum Selbstbestimmungsrecht der Deutschen verdient unseren Respekt: Denn wir müssen verstehen, daß es dort — nach allem, was in diesem Jahrhundert in deutschem Namen geschehen ist — auch Ängste gibt. Wir verstehen diese Gefühle — aber wir können unseren Nachbarn sagen: Wir Deutschen haben aus der Geschichte gelernt. Von deutschem Boden wird nur noch Frieden ausgehen.

Für uns Deutsche, hier in der DDR ebenso wie in der Bundesrepublik, steht fest: Ein vereintes Deutschland muß in Europa eingebettet sein. Wir handeln nach dem Leitgedanken Konrad Adenauers: „Die deutsche Frage kann nur unter einem europäischen Dach gelöst werden.“

Deshalb wollen wir, daß die Einigung Europas weiter vorankommt — und auch das vereinte Deutschland wird eine treibende Kraft, ein Motor dieser Entwicklung sein.

Am 31. Dezember 1992 wird der große europäische Binnenmarkt — das Europa ohne Grenzen — verwirklicht werden, und wir freuen uns, daß Sie dabei sein werden. Endlich können alle Deutschen am Aufbau Europas mitwirken. Die Europäische Gemeinschaft wird dadurch eine neue Dynamik gewinnen: Der gemeinsame Binnenmarkt wird — als größter Wirtschaftsraum der Welt mit dann fast 340 Millionen Menschen — neben den USA und Japan eines der drei großen Zentren der Weltwirtschaft sein. Europa ist unsere Zukunft!

Und für jeden von uns heißt das konkret: reisen können, wohin man will, Freundschaften schließen, frei den Studien- oder Arbeitsort wählen — in Lissabon, Paris und München ebenso wie in Leipzig, Dresden und . . . (Ort der Veranstaltung)

Mit der Einheit Deutschlands verbindet sich gleichzeitig die große Chance, die Teilung unseres Kontinents endlich zu überwinden. Denn zu Europa gehören natürlich auch Budapest, Warschau und Prag.

Zu diesem Brückenschlag können gerade Sie in der DDR auf besondere Weise beitragen. Denn wenn Europa jetzt in Freiheit zusammenfindet, dann können Sie die vielfältigen Bindungen einbringen, die zwischen Ihnen und den Menschen in Mittel-, Ost- und Südosteuropa gewachsen sind.

Am Ende dieses Jahrhunderts, das so viel Leid und Elend für die Menschen gebracht hat, wollen wir Deutschen — in Freiheit vereint — dem Frieden dienen. Die Verwirklichung unserer Vision — ein Europa des Friedens und der Freiheit — ist greifbar nahe.

Das zeigt sich zum Beispiel an den Fortschritten bei der Abrüstung. Wir haben jetzt begründete Aussicht, daß noch in diesem Jahr

- alle chemischen Waffen geächtet werden;
- die konventionellen Streitkräfte in Europa drastisch reduziert werden und

■ die USA und die Sowjetunion die Zahl ihrer strategischen Interkontinentalraketen halbieren.

Auch diese Entwicklung gibt uns berechnete Hoffnungen auf eine bessere Zukunft.

Insgesamt ist das internationale Umfeld günstig: Das Tor zur Einheit ist weit aufgestoßen.

Aber es kommt entscheidend darauf an, daß jetzt auch in der DDR der richtige Weg eingeschlagen wird.

Bei den Wahlen am 18. März gilt es, den Erfolg Ihrer friedlichen Revolution endgültig zu sichern. Sie dürfen nicht zulassen, daß Sie im letzten Augenblick um die Früchte Ihres Einsatzes betrogen werden.

Sie entscheiden an diesem Tag nicht nur über die Zukunft der DDR, sondern auch über die Einheit Deutschlands.

Geben Sie am 18. März vor den Augen der Weltöffentlichkeit eine klare Antwort. Und sie kann nur heißen: Ja zur Freiheit! Ja zur Einheit! Nie wieder Willkür! Nie wieder Gewaltherrschaft! Und: Nie wieder Sozialismus — in welchem Gewand auch immer!

Willy Brandt hatte Unrecht, als er noch 1988 sagte, die „Hoffnung auf Wiedervereinigung“ sei „geradezu zur Lebenslüge der zweiten deutschen Republik“ geworden. Nicht die Einheit ist die Lebenslüge, sondern der Sozialismus.

Es liegt an Ihnen, die Weichen richtig zu stellen.

Unser Ziel ist klar: Sie sollen künftig genauso leben können wie wir:

■ in Freiheit,

■ in Wohlstand,

■ und in sozialer Sicherheit.

Daß dies in der Vergangenheit nicht möglich war, lag nicht an Ihnen.

Denn es gibt überhaupt keinen Zweifel: Sie haben ebenso hart gearbeitet wie ihre Landsleute im Westen.

Deswegen ist klar:

Es war das korrupte sozialistische System, das Sie seit 40 Jahren um die Früchte Ihrer Arbeit gebracht hat.

Auch für Sie muß endlich möglich werden: Gerechter Lohn für harte Arbeit. Gute Ware für gutes Geld!

Es muß endlich Schluß sein mit dem Schlangestehen, den langen Wartezeiten und den leeren Regalen!

Dafür braucht kein neues Modell erfunden zu werden. Die Soziale Marktwirtschaft gibt es schon und sie hat sich in der Bundesrepublik seit vierzig Jahren bewährt.

Die Bundesrepublik gehört zu den Industrieländern mit dem höchsten Lebensstandard und der größten sozialen Sicherheit für die Menschen.

Grundlage dafür waren und sind:

■ harte Arbeit der Bürger

■ partnerschaftliches Zusammenwirken von Gewerkschaften und Unternehmen und

■ eine freiheitliche Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung.

Dies alles garantiert Wohlstand und soziale Gerechtigkeit.

Deshalb treten wir für die Soziale Marktwirtschaft ein. Und eine rasche Einführung der Sozialen Marktwirtschaft ist aus unserer Sicht auch die Voraussetzung dafür, daß sich die Dinge hier bei Ihnen zum Besseren wenden.

Die Regierung der DDR hat in dieser Hinsicht in den letzten Wochen und Monaten nichts Entscheidendes getan. Statt mutiger Schritte nach vorn ist es bei halbherzigen Maßnahmen geblieben.

Noch immer werden Selbständige und Existenzgründer in der DDR behindert und benachteiligt. Nach wie vor können Unternehmen aus der Bundesrepublik hier nur unter vielfältigen bürokratischen Hemmnissen investieren und Arbeitsplätze schaffen.

Bis jetzt gibt es nur Sozialismus mit kosmetischen Korrekturen, aber keine umfassenden, durchgreifenden Reformen.

Ich will deswegen auch ganz deutlich sagen: Milliarden schwere Geldgeschenke, wie sie von der amtierenden Regierung und auch von der SPD immer wieder gefordert werden, würden mit Sicherheit nicht Ihnen, den Menschen in der DDR, zugute kommen.

Solche Geldgeschenke würden in altbekannter Weise im Staatsapparat — oder noch schlimmer, im Parteiparat — versickern.

Denn eines wissen Sie aus der Vergangenheit: Der Sozialismus ist ein Faß ohne Boden. Und wir wollen den Sozialismus mit keiner einzigen D-Mark stützen.

Aber dort, wo wir den Menschen unmittelbar helfen können, leisten wir schon jetzt praktische Hilfe für den Übergang. Die von Helmut Kohl geführte Bundesregierung und die Bundesländer — insbesondere die unionsgeführten — haben zusammen Soforthilfen in Milliardenhöhe bereitgestellt.

Damit sollen zum Beispiel Kranke besser versorgt, Straßen gebaut und der Umweltschutz verbessert werden. Auch im beiderseitigen Telefonverkehr wird es noch in diesem Jahr zu spürbaren Verbesserungen kommen.

Dies alles ginge sehr viel schneller, wenn nicht der alte bürokratische Apparat die Wirksamkeit der Soforthilfe behindern würde.

Notwendig ist jetzt eine klare Entscheidung für die Soziale Marktwirtschaft. Damit können viele Unternehmen, Arbeitsplätze und Einkommen entstehen. Dies eröffnet eine erfolgreiche Zukunft.

Schließlich stehen allein in der Bundesrepublik Hunderte von Betrieben bereit, die nur auf den Startschuß für Investitionen bei Ihnen warten. Und diese Unternehmen verfügen über die notwendigen Investitionsmittel.

Rund 120 Milliarden D-Mark werden jährlich außerhalb der Bundesrepublik angelegt. Und es ist doch klar: Unsere Unternehmer wollen lieber in der DDR investieren als in Hongkong neue Fabriken zu bauen.

Wenn nur ein Teil der privaten Mittel aus der Bundesrepublik nicht im Ausland, sondern hier bei Ihnen investiert wird, dann ist ein „Zweites Wirtschaftswunder“ in Deutschland möglich.

Wir sind bereit, uns dafür zu engagieren, damit Sie hier in Ihrer angestammten Heimat den wirtschaftlichen Neubeginn erfolgreich gestalten können.

Unser Angebot besteht im Kern aus zwei Teilen:

Erstens: Zu einem Stichtag wird die Mark der DDR als Währungseinheit und gesetzliches Zahlungsmittel durch die D-Mark ersetzt.

Zweitens: Zeitgleich müssen von der DDR die notwendigen rechtlichen Voraussetzungen für die Einführung einer Sozialen Marktwirtschaft geschaffen werden.

Beide Elemente stehen in einem unlösbaren Zusammenhang.

Und zusammengekommen ist dies ein entscheidender Schritt auf dem Weg zur Einheit unseres Vaterlandes.

Mit der D-Mark bringen wir unseren stärksten wirtschaftlichen Aktivposten ein. Wir beteiligen Sie damit ganz unmittelbar an dem, was in der Bundesrepublik in den letzten Jahrzehnten beharrlich aufgebaut worden ist.

Natürlich weiß ich: Währungsunion und Wirtschaftsgemeinschaft verursachen auch Übergangsprobleme — sowohl bei Ihnen wie auch bei uns in der Bundesrepublik.

Wir nehmen die Sorgen sehr ernst. Aber wir bitten Sie auch: Lassen Sie nicht zu, daß jetzt gezielt Ängste geschürt werden — und zwar ausgerechnet von jenen, die die Misere hier in der DDR verursacht haben.

Wir wissen, daß beim Übergang zur Sozialen Marktwirtschaft die Unterstützung bei Arbeitslosigkeit und die Sicherung der Renten und Spareinlagen eine zentrale Rolle spielen.

Für uns ist es deswegen selbstverständlich: Der wohlverdiente Lebensabend der Rentner muß sozial abgesichert sein. Denn gerade die Rentner mußten den Aufbau nach dem Krieg bewältigen. Sie hatten die Hauptlast der sozialistischen Mißwirtschaft zu tragen.

Wir wollen auch dazu beitragen, den Arbeitslosen einen angemessenen Ausgleich sowie weitere berufliche Qualifizierung und Umschulung zu ermöglichen. Hierfür bieten wir finanzielle Anschubhilfe an.

Soziale Marktwirtschaft bedeutet für uns:

- Leistung und soziale Gerechtigkeit,
- Wettbewerb und Solidarität,
- Eigenverantwortung und soziale Sicherung.

In keinem anderen System wird so viel für die Sicherung der Menschen erwirtschaftet wie in der Sozialen Marktwirtschaft. Unser soziales Sicherungsnetz ist eines der dichtesten in der Welt.

Denn die Soziale Marktwirtschaft hat nichts, aber auch gar nichts mit sozialer Kälte oder gar Ellbogengesellschaft zu tun.

Tatsache ist vielmehr,

- daß wir 236 Milliarden D-Mark jährlich für Gesundheitsversorgung ausgeben,
- daß die Renten eine Höhe von 216 Milliarden D-Mark pro Jahr erreichen,

- daß über 12 Milliarden D-Mark für Wohngeld und den sozialen Wohnungsbau zur Verfügung stehen,
- daß 25 Milliarden D-Mark für berufliche Qualifizierung ausgegeben werden und
- daß 90 Milliarden D-Mark Familien und Kindern zugute kommen.

Jahr für Jahr stehen in der Bundesrepublik Deutschland etwa 700 Milliarden D-Mark und damit ein Drittel des gesamten Sozialprodukts für Sozialleistungen zur Verfügung.

Tatsache ist auch: Die Arbeitnehmer haben bei uns Mitbestimmungsrechte in den Betrieben, die europaweit als vorbildlich gelten. Und im übrigen können Sie sich seit dem 9. November 1989 auch selbst überzeugen, wem es besser geht:

- dem Arbeiter bei VW in Wolfsburg oder dem Arbeiter bei IFA — Automobilbau (Trabi) in Zwickau,
- dem Chemiker bei der BASF in Ludwigshafen oder bei den chemischen Werken in Bitterfeld,
- dem Rentner in Hamburg oder in Leipzig.

Deshalb gilt jetzt: Die Soziale Marktwirtschaft muß auch in der DDR eingeführt werden. Dazu gehört, daß es in Deutschland sehr bald zu einer Sozialgemeinschaft kommt.

Zur Sozialen Marktwirtschaft gehört ebenso der Schutz einer lebenswerten Umwelt für uns, unsere Kinder und Enkel.

Niemand weiß so gut wie Sie: Der Sozialismus hat nicht nur die Wirtschaft ruiniert, sondern auch die Umwelt.

Rücksichtslose Gefährdung der Menschen, Verschmutzung von Luft und Wasser, Verfall von Städten und Dörfern, Verlust einzigartiger Kulturdenkmäler: eine vernichtende Bilanz — im wahrsten Sinne des Wortes.

Es ist höchste Zeit für eine grundlegende Neuorientierung. Wir brauchen überall die Soziale Marktwirtschaft mit ökologischer Verantwortung.

In diesem Sinne sind mit der DDR bereits konkrete Umweltprojekte fest vereinbart worden — etwa zur Rauchgasreinigung in Kraftwerken und zur Verbesserung der Wasserqualität. Dies kann nur ein Anfang sein.

Unser gemeinsames Ziel ist es, Umweltschäden rasch zu beheben und daß Sachsen und Thüringen, Brandenburg, Mecklenburg und Sachsen-Anhalt wieder zu einer lebenswerten Heimat werden.

Aus all diesen Gründen ist es wichtig, daß Sie am 18. März 1990 der „Allianz für Deutschland“ Ihre Stimme geben.

Denn die „Allianz für Deutschland“ vertritt die gleichen politischen Ziele wie die von Helmut Kohl geführte Bundesregierung.

Helmut Kohl und seine Regierung stehen zugleich für eine zuverlässige und erfolgreiche Politik der Sozialen Marktwirtschaft — mit sozialem Ausgleich und ökologischer Verantwortung.

Dagegen verstehen Sozialisten und Sozialdemokraten nichts von Wirtschaft. Sie haben das bei sich in der DDR erlebt. Und uns reicht die Erfahrung mit den Sozialdemokraten.

Als Helmut Kohl 1982 die Regierungsverantwortung übernahm, war die SPD am Ende. Die führende Position unserer Wirtschaft auf den Weltmärkten war damals ernsthaft in Gefahr, die soziale Sicherheit bedroht. Gerade die kleinen Leute mußten die Zeche für die verfehlte SPD-Politik bezahlen.

In den vergangenen sieben Jahren haben wir unter Helmut Kohl die Wirtschaft wieder auf die Beine gestellt. Sie ist inzwischen — auch im weltweiten Vergleich — wieder in einer blendenden Verfassung.

Und weil Helmut Kohl und seine Regierung viel von Wirtschaft und sozialer Gerechtigkeit verstehen, können wir auch Ihnen helfen.

Das letzte, was Sie hier jetzt brauchen können, sind neue staatswirtschaftliche Experimente, die die Soziale Marktwirtschaft nur als Deckmantel mißbrauchen.

Sie dürfen nicht noch einmal getäuscht werden. Das heißt: Es darf keinen neuen Sozialismus geben — auch nicht durch die Hintertür! Es gibt keinen „geläuterten“ oder „demokratischen“ Sozialismus! Sozialismus bleibt immer noch Sozialismus.

Nirgendwo auf der Welt hat der Sozialismus funktioniert.

Karl Marx steht für Niedergang und Bankrott.

Ludwig Erhard steht für eine bessere Zukunft. Seine erfolgreiche Soziale Marktwirtschaft setzt sich weltweit durch.

Als Ludwig Erhard die Soziale Marktwirtschaft 1948/49 einführte, tat er dies gegen den erbitterten Widerstand der SPD.

Und bis heute hat die SPD bei uns ein gebrochenes Verhältnis zur Sozialen Marktwirtschaft.

Selbst in ihrem neuen Grundsatzprogramm vom Dezember 1989 taucht der Begriff „Soziale Marktwirtschaft“ kein einziges Mal auf. Das spricht Bände!

Auf die Sozialdemokraten ist kein Verlaß: Weder bei der Sozialen Marktwirtschaft noch in der Schicksalsfrage unserer Nation, der deutschen Einheit.

Bis vor kurzem noch setzte die SPD in der Bundesrepublik ganz auf die SED und auf Erich Honecker.

Bis zum heutigen Tag ist das gemeinsame Ideologie-Papier von SED und SPD von 1987 nicht aus der Welt — ein beispielloser Dokument für das skandalöse Zusammenspiel der SPD mit den kommunistischen Machthabern in der DDR. Nicht nur bei Ihnen — auch bei uns in der Bundesrepublik gibt es politische „Wendehälse“:

■ So sprach sich der SPD-Vorsitzende Hans-Jochen Vogel noch im Oktober 1989 für die „Ablehnung des leichtfertigen illusionären Wiedervereinigungsgeredes“ aus.

■ Und Walter Momper, der Regierende Bürgermeister von Berlin, befand ebenfalls noch im Oktober 1989: „Es ist auch eine Chance für Europa, wenn es zwei deutsche Staaten gibt.“

Doch damit nicht genug.

Wir vergessen ebenfalls nicht, daß viele führende Repräsentanten der SPD in der Bundesrepublik — zum Beispiel Lafontaine — die Anerkennung einer eigenen

DDR-Staatsbürgerschaft wollten. Damit sollten 16 Millionen Landsleute ausgegrenzt werden — mit allen Konsequenzen für die Menschen und für die Einheit der Nation.

Daß dies nicht so gekommen ist und daß wir heute hier zusammenkommen können, ist Helmut Kohl und seiner Politik für Deutschland zu verdanken.

Er hat in all den Jahren Kurs gehalten.

In seiner Tischrede am 7. September 1987 hat Helmut Kohl anläßlich des Besuchs von Erich Honecker unmißverständlich erklärt — ich zitiere —

„Die Präambel unseres Grundgesetzes steht nicht zur Disposition, weil sie unserer Überzeugung entspricht. Sie will das vereinte Europa, und sie fordert das gesamte Deutsche Volk auf, in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden. Das ist unser Ziel. Wir stehen zu diesem Verfassungsauftrag, und wir haben keinen Zweifel, daß dies dem Wunsch und Willen, ja der Sehnsucht der Menschen in Deutschland entspricht“ — soweit Helmut Kohl.

Ihre friedliche Revolution bestätigt diese Worte.

Wir sind uns mit Ihnen einig: Es geht jetzt um unsere gemeinsame Zukunft.

Und deshalb kommt es darauf an, daß Sie bei der Schicksalswahl am 18. März die richtige Entscheidung treffen.

Denn diese Wahl ist von zentraler Bedeutung für die Zukunft unserer Nation, für die Zukunft aller Deutschen.

Gerade unserer Jugend eröffnet sich die Chance auf eine bessere Zukunft in Freiheit, Wohlstand und sozialer Sicherheit.

Diese Jugend soll nie mehr Krieg, Unterdrückung und Willkürherrschaft erleben müssen.

Wir wollen gemeinsam erreichen, daß jeder von Ihnen ganz selbstverständlich sagen kann:

■ *(Sachsen, ...) ist meine Heimat*

■ *Deutschland ist mein Vaterland*

■ *Europa ist unsere Zukunft.*

Entscheiden Sie sich daher am 18. März:

Für Einheit und für Soziale Marktwirtschaft.

Stimmen Sie für unseren Partner,

wählen Sie die „Allianz für Deutschland“:

Kämpfen Sie mit uns für unser einiges deutsches Vaterland!